

PAX REPORT

Herausgegeben vom Deutschen Friedensrat e.V.

Nummer 1 – Juni 2013



»Rheinmetall entrüsten!« »Die Rheinmetall-Aktien sind mit Blut getränkt!« »Stoppt den Waffenhandel!« – so hieß es beim Protest vor der Hauptversammlung der Aktionäre des Rüstungskonzerns Rheinmetall am 14. Mai in Berlin. Ein breites Bündnis von Friedensorganisationen hatte zu der Aktion aufgerufen. Der

Protest richtete sich in scharfer Weise auch gegen den Bundesratsbeschluss über die politische Brisanz von Waffenexporten nach Saudi Arabien, Katar, Indonesien, Israel u. a. am Parlament vorbei geheim aushandelt und genehmigt. Am Mikrophon: Christine Hoffmann, pax christi. Foto: Uwe Hicks

Seite 2 Friedensrat 2013 • Seite 3 Grundsätze bestätigt • Seite 4 Berliner Friedensgespräch, Aufgaben 2013 • Seite 5 Waffenhandel mit Israel • Seite 7 US-Eskalationsstrategie im Syrien-Konflikt • Seite 8 Weltfriedensrat tagte in Lissabon • Seite 9 Bewegung für eine gerechte Welt stärken • Seite 10 Polizeigewalt in der Türkei • Seite 11 Bundeswehr probt den Bürgerkrieg • Seite 12 Wahlauftritt der Friedensbewegung

Nach der Jahreshauptversammlung 2013

Aktionen gegen Waffenhandel, Drohnen und Demokratieabbau

Liebe Mitglieder des Deutschen Friedensrates, liebe Freunde und Sympathisanten, liebe Leserinnen und Leser des Pax Reports, auf der Jahreshauptversammlung am 12. Januar 2013 haben wir über unsere Arbeit Bericht erstattet und die letzten Jahre einer Kritik unterzogen. Wir haben einen Neuanfang eingeleitet.

Die beiden grundlegenden Beschlüsse der Verständigung über unsere künftige Arbeit sind in dieser Ausgabe des Pax Report veröffentlicht. In den neuen Vorstand wählte die Versammlung fünf Mitglieder des Deutschen Friedensrates, die sich anschließend auf die Verteilung der Funktionen einigten: Dr. Bärbel Schindler-Saefkow bleibt Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Barbara Fuchs ist ihre Stellvertreterin, Dr. Susanne Willems fungiert als Schatzmeisterin, Hans-Peter Laubenthal und Tobias Pflüger gehören dem Vorstand als Beisitzer an. Wenige Tage darauf teilte uns Hans-Peter Laubenthal – der die Wahl angenommen hatte – mit, dass er sein Vorstandsmandat niederlegt. Er hat seinen Lebensmittelpunkt vor einiger Zeit in das brandenburgische Dorf Zempow verlegt. Von dort aus will er weiter die Homepage des Friedensrats betreuen (www.deutscher-friedensrat.de). Die Re-

daktion unserer Zeitung Pax Report wird er nicht weiterführen.

So hatte sich der neue Vorstand zunächst mit organisatorischen Fragen zu befassen. Der vertretungsbefugte Vorstand aus Geschäftsführerin, Stellvertreterin und Schatzmeisterin wurde im Vereinsregister beim Amtsgericht Charlottenburg neu eingetragen und für die ordnungsgemäße Führung der Finanzen wurden gemeinsame Entscheidungen gefällt. Die Vorstandsarbeit wurde reorganisiert. Insbesondere die Teilnahme des Deutschen Friedensrates an Aktivitäten der deutschen und internationalen Friedensbewegung soll nunmehr durch regelmäßige kollektive Beratung gesichert werden. Für die Herausgabe unserer Zeitung Pax Report mussten neue Wege gegangen werden und wir streben weitere Verbesserungen an.

In den zurückliegenden Monaten hat der Deutsche Friedensrat die Aktionen gegen Waffenhandel unterstützt und sich an der Aktion gegen Rheinmetall beteiligt. Wir sind ebenfalls bei der landesweiten Anti-Drohnenkampagne aktiv, die kürzlich eine Unterschriftensammlung gestartet hat. Zur Lage der Palästinenser im Westjordanland und in Israel fand inzwischen das 63. der Berliner Friedensgespräche statt, die wir

gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung durchführen.

Unser Mitglied Prof. Klaus Fuchs-Kittowski hat im April den Friedensrat in der Konferenz »Für eine von Atomwaffen freie Welt« an der Humboldt-Universität vertreten. Es war eine sehr gut besuchte Versammlung, auf der hochrangige Persönlichkeiten, wie der ehemalige Bürgermeister von Hiroshima, Tadatoshi Akiba, und der Vorsitzende des UN Office for Disarmament Affairs, Randy Rydell, sprachen. Gemeinsam mit ihnen nahmen Vertreter der Friedensbewegung am nächsten Tag an einer Zusammenkunft zum Thema »Atomare Abrüstung« im Auswärtigen Amt teil. Nichts haben die Massenmedien von dieser wichtigen Konferenz berichtet. Seit der Tagung der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften im November 2011 zum 100. Geburtstag des Kernphysikers Klaus Fuchs initiierte Prof. Klaus Fuchs-Kittowski eine Reihe von Veranstaltungen zur atomaren Abrüstung, insbesondere zur Propagierung des Berliner Appells für ein kontrollierbares Abkommen zur Abschaffung aller Atomwaffen (<http://www.deutscher-friedensrat.de/materialien>).

Der Deutsche Friedensrat nahm an den Beratungen des Sekretariats und am Europäischen Regionaltreffen des Weltfriedensrates vom 31. Mai bis 2. Juni in Lissabon teil; unsere Delegierte Barbara Fuchs berichtet darüber in dieser Ausgabe des Pax Report. Auf nationaler Ebene bereiten wir gegenwärtig gemeinsam mit anderen Organisationen ein friedenspolitisches Seminar für den 20/21. Juli 2013 in Berlin vor.

Im Mittelpunkt der kommenden Monate stehen aktuelle Aufgaben und solche, die im Beschluss der Jahreshauptversammlung genannt sind: so nach der kritischen Begleitung des Besuchs von Obama die traditionelle Veranstaltung zum Hiroshima-Gedenken, die friedenspolitische Begleitung des Bundestagswahlkampfes, das Eintreten gegen weitere Militarisierung und Demokratieabbau, für internationale Solidarität und gewaltüberwindende Konfliktlösung statt Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder.

*Mit herzlichen Friedensgrüßen
Eure Bärbel Schindler-Saefkow
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied*

Dankeschön!

Hans-Peter Laubenthal war mehr als zwölf Jahre lang Leitender Redakteur von Pax Report. Er hat recherchiert, fotografiert, Texte geschrieben, übersetzt, redigiert, Layouts entworfen und gedruckt. Schon in der Entstehungsphase der Massenproteste gegen die amerikanischen Militärstützpunkte in Japan war er dabei und hat vielfältige Kontakte zur deutschen Friedensbewegung angeregt. Seiner Verbundenheit mit der internationalen Friedensbewegung und der sozialen Protestbewegung verdanken wir viele interessante Reportagen. Er war dabei, als beim Weltsozialforum in Mumbai ein internationales Netzwerk gegen ausländische Militärstützpunkte entstand und hat seitdem zu diesem Thema recherchiert und Kontakte aufgebaut.

Dank seiner Unterstützung konnte der Friedensrat mehrere Prozesse führen, wenn es Versuche gab, unsere Demonstrationsfreiheit auf der Straße zu beschränken.

Jetzt, da Hans-Peter Laubenthal seinen Lebensmittelpunkt ins nördliche Brandenburg nach Zempow verlegt hat und sich dort bei der Werkstatt für Friedensarbeit »Sichelschmiede« einbringt, hat er auch die Arbeit am Pax Report abgegeben. In Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative Freie Heide wollen Ulrike und Hans-Peter Laubenthal den langen und erfolgreichen Widerstand gegen die militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide dokumentieren. Wir sagen Dankeschön und wünschen großen Erfolg mit der »Sichelschmiede« und beim Aufbau des Museums »Friedensscheune« in Zempow.

Friedensrat bekräftigt antimilitaristische Position

Erklärung der Mitgliederversammlung 2013

Der Deutsche Friedensrat e.V. ist unabhängig und überparteilich. Er setzt sich im Rahmen geltenden Rechts für Frieden ein. Er ist Teil der deutschen und internationalen Friedensbewegung. Der Deutsche Friedensrat e.V. bekennt sich zur besonderen Verantwortung Deutschlands für Frieden. Der Deutsche Friedensrat e.V. sieht seine Wurzeln im Humanismus und Pazifismus. Er verurteilt Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit sowie jede Form von Terrorismus und knüpft an die antifaschistischen, antimilitaristischen und an-

staatlichen Organisationen im Sinne der UN-Charta (NGOs);

- Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen und vollständige Abrüstung
- Verbot von Rüstungsexporten, insbesondere in Spannungs- und Krisengebiete;
- Förderung der Friedenserziehung, Unterstützung von Wehrdienstverweigerung.

In den letzten Jahren wurde versucht, das Gewaltverbot der UN-Charta auszuhebeln. Die Begründung, die »internationale Staatengemeinschaft« müsse

verwaltungsgerichtetes vom 21. Juni 2005 (Aktenzeichen 2 WD 12.04.), das wir auf unserer Homepage www.deutscher-friedensrat.de/Materialien dokumentiert haben. Unsere Verpflichtung ist es z.B., die US-Luftwaffe daran zu hindern, in anderen Ländern Krieg zu führen, indem sie Militärstützpunkte in Deutschland benutzt.

Der Deutsche Friedensrat ist gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr, ob im Rahmen der NATO, EU, UNO oder in anderen Zusammenhängen. Dazu gehören auch die aktuell laufenden, beginnenden oder diskutierten Bundeswehreinmärsche, wie in Afghanistan, Syrien oder Mali. Der Deutsche Friedensrat lehnt militärische Interventionen grundsätzlich ab.

Der Deutsche Friedensrat beteiligt sich an Aktivitäten gegen direkte und indirekte Militäreinsätze der Bundeswehr. Die für Militäreinsätze genutzte Infrastruktur wie Militärbasen sollen geschlossen werden.

Der Deutsche Friedensrat lehnt auch Sanktionen ab, die die jeweilige Bevölkerung treffen.

Der Deutsche Friedensrat setzt sich für die Verteidigung des Völkerrechts ein.

*Erklärung der Mitgliederversammlung
am 12. Januar 2013 in
einstimmigem Beschluss*



»Hands of Syria!«, »End War on Terror«, »Nobel Peace Prize for Bradley Manning and Edward Snowden«, »Shut Guantanamo« – so hießen die Forderungen bei der Demonstration »Yes we can: Obama die rote Karte zeigen – US-Politik die Grenzen aufzeigen« am 17. Juni in Berlin.

Foto: Uwe Hixsch

tirassistischen Traditionen der deutschen und internationalen Friedensbewegung an. Der Deutsche Friedensrat e.V. setzt sich für folgende Ziele ein:

- Ächtung des Krieges als Mittel der Politik;
- Verurteilung der bewaffneten Gewalt zur Durchsetzung politischer, ideologischer oder religiöser Ziele;
- Beilegung zwischenstaatlicher Streitigkeiten und Konflikte ausschließlich mit friedlichen und politischen Mitteln;
- Förderung der Völkerverständigung mittels gegenseitiger Information, solidarischen Handelns, Erfahrungsaustausches;
- Zusammenarbeit mit Friedensbewegungen, sozialen Initiativen und nicht-

die Menschenrechte in anderen Staaten durchsetzen und habe eine »Responsibility to Protect« (Pflicht zum Schutz) der Bevölkerung eines Staates, diene zum Vorwand für militärische Interventionen. Kein Staat hat das Recht, sich mit Gewalt in die Angelegenheiten eines anderen Staates einzumischen. Auf dieser Grundlage lehnt der Deutsche Friedensrat Forderungen nach einem Machtwechsel (regime change) mit militärischen Mitteln in einem anderen Staat ab, egal in welchem Staat.

Im Gegenteil: Nach dem Völkerrecht hat jeder Staat die Pflicht, wenn von seinem Boden aus Krieg gegen ein drittes Land geführt wird, das zu verhindern. Die daran beteiligten Soldaten und Söldner sind zu verhaften, siehe Urteil des Bundes-

Friedensglocke

Am 6. August, dem Gedenktag für die Opfer der Atombombenabwürfe 1945 auf Hiroshima und Nagasaki, findet an der japanischen »Weltfriedens-Glocke« auch in diesem Jahr im Berliner Volkspark Friedrichshain eine Kundgebung statt. Diese wird von einem Bündnis vorbereitet, zu dem das deutsch-japanische Friedensforum, die deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW), die Friedensglockengesellschaft Berlin e.V., der Deutsche Friedensrat e.V. und Vertreter des Bezirksamtes Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg einladen. Das von Kupferdieben geschändete Dach des Friedenstempels soll dann – nicht zuletzt dank der Spenden vieler Friedensfreunde – wieder neu gedeckt sein. Wir treffen uns an der Friedensglocke am Großen Teich im Volkspark Friedrichshain am Dienstag, 6. August 2013, um 17 Uhr.

Leben im Schatten der Mauer

63. Berliner Friedensgespräch in der Insel-Galerie

Sie waren in Flüchtlingslagern, haben erlebt, welchen Repressalien die Palästinenser durch Siedler und israelisches Militär in Hebron ausgesetzt sind. Sie hörten von nächtlichen Überfällen, willkürlichen Verhaftungen, von Diskriminierung und traumatisierten Kindern. Die Friedensaktivisten Regina Sternal, Joelle Crema, Phil Butland und Ralf Engelke von der Partei Die Linke (BO Berlin-Gesundbrunnen) berichteten am 12. März beim 63. Berliner Friedensgespräch des Deutschen Frie-

densrates und der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Inselgalerie über eine Reise durch das besetzte Westjordanland und Israel. Mit Fotodokumenten informierten sie anschaulich, welche verheerende Konsequenzen die Trennungsmauer für das tägliche Leben der Palästinenser hat. Das Alternative Information Center (AIC) hatte sie bei ihrer Recherche unterstützt. In den Vorträgen wurde deutlich: Der Mauerbau gehört zum kolonialen Projekt des Staates Israel. Der Mauerbau bedeutet



Friedensaktivistin Joelle Crema berichtet über Reise durch das Westjordanland

Landnahme, Siedlungsbau, Vertreibung. Die Aktivisten besuchten auch Dörfer, die sich seit Jahren gewaltfrei dem Mauer- und Siedlungsbau entgegen stellen und sich im Widerstand vernetzen. Besonders beeindruckten die Berichte über die Dorfkomitees in den Dörfern Ni'lin und Bilin, wo seit vielen Jahren – gemeinsam mit israelischen und internationalen Aktivisten gewaltfrei gegen Mauerbau und Siedlungen protestiert wird. Die Dorfbewohner lassen sich weder von Tränengas, noch von militärischer Gewalt von ihrem Widerstand abbringen. »Die Menschen sollen unsere Existenz sehen!«, gab der 22jährige Saeed Amireh aus Ni'lin den Aktivisten mit auf den Weg. »Wir brauchen die Vernetzung mit euch.«

In der Diskussion wurde deutlich, wie verhängnisvoll die moralische und ökonomische Israel-Hilfe der deutschen Regierung für das Leben der Palästinenser ist. Wir waren uns einig, dass gerade im Wahljahr mehr Druck auf die deutschen Politiker ausgeübt werden muss, damit den Worten um Friedensbemühungen auch Taten folgen. Die Forderungen der internationalen Palästina-Solidaritätsbewegung wie »Atomwaffenfreier Naher und Mittlerer Osten«, »Aussetzung des EU-Israel-Assoziierungsabkommens«, »Stop der Jewish-National-Fund-Kampagne« finden zunehmend auch in Deutschland Unterstützung. Ein besonderer Schwerpunkt wird für uns der Protest gegen die Rüstungskooperation und gegen die Lieferung der atomwaffenfähigen U-Boote nach Israel sein.

Barbara Fuchs

Aufgaben des Friedensrates 2013

1. Der Deutsche Friedensrat unterstützt die Schwerpunkte des Bundesausschusses Friedensratschlag für 2013 und setzt seine Mitarbeit im Bundesausschuss fort.

2. Wir unterstützen weitere Aktionen zur Beendigung des Krieges in Afghanistan.

3. Wir unterstützen Aktionen zur Eindämmung der Gewalt in Syrien, gegen jede Einmischung und besonders gegen die deutschen Versuche zur Kriegsbeteiligung.

4. Wir nehmen Einfluss auf friedenspolitische Diskussionen im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2013.

5. Der Deutsche Friedensrat führt gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Friedensgespräche in Berlin durch,

u. a. zum Thema Atomwaffenfreie Zone in Nah-Ost.

6. Fortsetzung der Arbeit im Bündnis zum Hiroshima-Tag, Veranstaltung an der Friedensglocke im Berliner Volkspark Friedrichshain.

7. Durchführung einer Veranstaltung zum Weltfriedenstag der UNO am 21. September 2013.

8. Sonderausgabe des Pax Report und eine Veranstaltung zu den großen Aktionen der europäischen Friedensbewegung 1983, den Kampagnen für atomwaffenfreie Zonen und der Berliner Konferenz 1988.

9. Herausgabe des Rundbriefes des Deutschen Friedensrates »Pax Report« und Aktualisierung der Homepage.

10. Einrichtung einer digitalen Informationsplattform zur Friedensbewegung mit Berichten aus der nationalen und internationalen Friedensbewegung.

11. Teilnahme an Konferenzen und Initiativen des Weltfriedensrates und des Regionalbüros des Weltfriedensrates für Europa.

12. Wir unterstützen Aktionen gegen Rüstungsexporte u. a. im Bündnis »Aufschrei. Stoppt den Waffenhandel!«.

13. Wir unterstützen Aktionen gegen Neonazismus, Demokratie- und Sozialabbau.

14. Mitarbeit in den Bündnissen: Atomwaffen abschaffen, Gewaltfreie Aktionen gegen Atomwaffen, Bundeswehr raus aus den Schulen, Kampagne gegen Drohnen, Militäreinsätze u. a.

Beschluss der Mitgliederversammlung am 12. Januar 2013

Zum Einsatz gegen Zivilisten schon erprobt

Shir Hever zu den politischen Auswirkungen des Waffenhandels mit Israel

Für uns als Aktivisten ist es kein Leichtes, Einfluss auf den Waffenhandel zu nehmen. Die BDS-Bewegung (Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen) fordert uns auf, israelische Waren zu boykottieren. Das führt aber dazu, dass wir uns auf Konsumgüter konzentrieren. Nur wenige von uns werden sich in einer Position befinden, in der sie abzuwägen haben, ob man in Israel hergestellte Waffen kauft oder nicht.

Warum Proteste besonders gegen israelische Waffenexporte?

Die Bedeutung von Israels Waffenexporten für die israelische Wirtschaft ist immens, und wir sollten diesen sehr wichtigen Aspekt des Kampfes gegen israelische Gewalt, Besatzung und Repression nicht vernachlässigen. Zudem muss betont werden, dass die Auseinandersetzung mit dem Waffenhandel besser als andere Arten des Handels demonstriert, warum der Kampf für ein freies Palästina ein globaler Kampf ist. In diesem Sinn stellt der Protest gegen die israelische Waffen- und Sicherheitsindustrie eines der Kernelemente im Kampf gegen Israels Kolonialismus, Besatzung und Apartheid dar.

Als Gegenargument könnte man in einer sehr zynischen Weise sagen, dass die Palästinenser ja eine relativ kleine Gruppe sind (über die Welt verteilt leben rund elf Millionen Palästinenser, damit sicher keines der anzahlmäßig größten Völker weltweit) und dass sie von daher eine solche globale Kampagne im Kampf um ihre Rechte gar nicht verdienen. Was ist dann also der Grund dafür, dass wir zu anderen globalen Ungerechtigkeits Themen kein solches Medieninteresse, keine solchen Bemühungen von Geberländern und internationalen NGOs und keine so weit verbreiteten Solidaritätsbewegungen erleben?

Und tatsächlich wird genau dieses Argument von pro-israelischen Gruppen und seitens des israelischen Außenministeriums oft benutzt. Israelische Hasbara-Vertreter unterstellen, dass der Grund für unseren Hang zu Freiheit und Gerechtigkeit in Palästina, nicht unserer Liebe zu den Palästinensern sondern vielmehr unserem Hass auf Israel entspringe. Im Jahr 2012 ging das israelische Außenministerium sogar so weit, Briefe an pro-palästinensische Aktivisten zu versenden, in denen diese aufgefordert wurden, doch nach Syrien zu

reisen und stattdessen dort die Menschenrechte zu verteidigen. Zwar liegt der Sinn dieses Argumentes darin, die Diskussion von Israels Verbrechen abzulenken, aber wir sollten trotzdem bereit sein, darauf eine Antwort zu geben.

Unsere Antwort sollte sein, dass Israels Exporte einerseits das israelische Militär befördern und zur Finanzierung der Besatzung und des Repressionsapparates in Palästina beitragen, während sie sich andererseits auch auf jene Länder auswirken, die israelische Güter importieren. Zu-



Shir Hever ist israelischer Wirtschaftswissenschaftler, der für das palästinensisch-israelische Alternative Information Center arbeitet. Wir veröffentlichen sein Referat, das er auf der Zweiten Palästina Solidaritätskonferenz am 12. Mai in Stuttgart hielt. Originalfassung: http://sender-freespalaestina.de/pdfs/shir-hever_rede_engl.pdf

dem sollten wir ehrlicherweise zur Kenntnis nehmen, dass der Kampf um Freiheit und Gerechtigkeit in Palästina, auch ein Kampf um Freiheit und Gerechtigkeit in Europa und auf der ganzen Welt ist.

Jedenfalls ist Israel nicht der größte Waffenexporteur auf der Welt. Obwohl Waffenexporte die Gewalt fördern, sollten wir erklären, inwiefern sich Israels Waffenexporte von denen anderer Länder unterscheiden. Im Waffenhandel der letzten fünfzehn Jahre rangiert Israel zwischen Platz 5 und Platz 10. Es führt weniger Waffen aus als die USA, Russland, Großbritannien und Deutschland. Gegen die Waffenexporte dieser Länder sind schon

weltweite Kampagnen im Gang, und diese Kampagnen sind extrem wichtig. Aber warum sollten wir der Rolle Israels im Waffenhandel besondere Aufmerksamkeit schenken?

Waffenentwicklungen für den Einsatz gegen Zivilisten

Wenn wir die Art der Militär- und Sicherheitsprodukte analysieren, die in Israel hergestellt werden, so stellen wir fest, dass diese Technologien nicht dazu bestimmt sind, die Zahl der Opfer aufseiten des Feindes zu maximieren oder dessen Befestigungen zu überwinden. Diese Technologien sind vielmehr darauf ausgelegt, Zivilisten zu kontrollieren, in ihre Privatsphäre einzudringen und unbewaffnete oder nur leicht bewaffnete Personen zu inhaftieren, sie in Schranken zu halten und zum Schweigen zu bringen. Das hat auch der Krieg zwischen Russland und Georgien im Jahr 2008 demonstriert, als eine mit israelischem Gerät hochgerüstete Armee (in diesem Fall die georgische Armee) von einer größeren und stärkeren Streitkraft niedergeschlagen wurde. Die von Israel entwickelten und hergestellten Gerätschaften waren nie für den Einsatz gegen eine organisierte Armee gedacht. Sie sollen den Starken helfen, den Widerstand der Schwachen zu unterdrücken.

Dieser Aspekt israelischer Waffenexporte ist nicht neu. Das folgende Zitat von 1982 aus Israel Shahak's Buch »Israel's Global Role: Weapons for Repression« (Israels globale Rolle: Waffen zur Repression) war vor dreißig Jahren genauso passend wie heute: »...von Rhodesien über das Südafrika der Apartheid bis hin zu den Golf-Monarchien, Israel verknüpft seine Interessen nicht mit den Massen, die für die Freiheit kämpfen, sondern mit deren Kerkermeistern«.

Dabei sollten wir uns vor Augen halten, dass Israel seit dem Jahr 1973, also seit vierzig Jahren, keinen konventionellen Krieg mehr geführt hat. Seine Militär- und Polizeikräfte sind jedoch mit einem steten Kampf zur Unterdrückung des Widerstands befasst. An Offiziere mit dem Rang eines Oberst oder höher, die den Militärdienst verlassen, vergibt das israelische Verteidigungsministerium nahezu automatisch eine Lizenz zum Waffenhandel. ►

Weil das Ruhestandsalter in den israelischen Streitkräften so niedrig liegt, sind zahlreiche Offiziere danach auf der Suche nach einer zweiten beruflichen Laufbahn. Ihre Erfahrung aus den rund zwanzig Dienstjahren beim israelischen Militär führt sie direkt in die Sicherheitsindustrie. Wenn sie ein Produkt entwickeln und der israelischen Armee ein erstes Muster verkaufen (was ihnen nicht schwer fällt, weil sie oft noch Freunde beim Militär haben), dann können sie behaupten, dass dieses Gerät schon bei der israelischen Armee zum Einsatz gekommen ist. Diese Argumentation hilft, potentielle Käufer vom Kauf des Produktes zu überzeugen, da dieses ja bereits durch die israelische Armee getestet wurde. Naomi Klein schrieb dazu 2007, dass Israel die Besatzung in ein Testlabor verwandelt hat. So tragen die palästinensischen Opfer der israelischen Armee zu den Profiten der Waffenkonzerne bei.

Reiche verteidigen gegen Arme

Im Jahr 2000 war Israel nur der zehntgrößte Waffenexporteur auf der Welt, allerdings war Israel im gleichen Zeitraum auch der viertgrößte Waffenlieferant für Entwicklungsländer, Milizen und paramilitärische Organisationen. Israelische Firmen ignorierten routinemäßig die von der UN verhängten Waffenembargos und erzielten besonders an jenen Orten auf der Welt enorme Gewinne, wo »seriösere« Waffenhändler vorsichtig darum bemüht waren, Verwicklungen zu vermeiden.

Die Angriffe vom 11. September 2001 kommentierte Netanyahu später damit, dass diese Angriffe »gut für Israel« seien, weil sie zur Stützung des Argumentes beitragen würden, dass der Islam der Feind sei und dass Israels brutale Methoden gegen den Terrorismus gerechtfertigt seien. Allerdings waren die Angriffe nicht nur gut für Israels Image, sie waren auch gut für Israels Sicherheitsindustrie. Der fortan in den USA so häufig verwendete Begriff »homeland security« (Heimatschutz) kam erst nach diesen Angriffen in Gebrauch. Die Vereinigten Staaten richteten ein Heimatschutzministerium ein, das bis heute über ein Budget in der Größe des gesamten Militärhaushalts Großbritanniens verfügt.

Die wirkliche Hauptstadt des »Heimatschutzes« liegt jedoch in Tel Aviv. In Israel sind mehr als 600 Heimatschutzfirmen registriert, einfache Sicherheitsfirmen und Waffenfirmen, die unter anderem auch Heimatschutzprodukte herstellen, nicht mitgezählt. Tel Aviv ist auch Standort einer

jährlichen Waffenhandelsmesse, auf der Hunderte von Firmen u. a. Überwachungskameras, biometrische Verfolgungs- und Erkennungstechnologien, Systeme zur Verhaltensanalyse, Gerätschaften zur Niederschlagung von Aufständen und zur Auflösung von Demonstrationen, Hand- und Fußfesseln sowie Computerprogramme für die Datengewinnung anbieten.

Im Mai 2013 wurde Israel zum weltweit größten Exporteur von unbemannten Luftfahrzeugen, sogenannter Drohnen, erklärt. Die Drohnen sind ein Symbol dieser neuen Art der Kriegführung. Reiche, entwickelte Länder verabscheuen es, ihre eigenen Bürger als Soldaten Gefahren auszusetzen. Drohnen lassen sich hingegen bequem und ohne Risiko für den Anwender von einem klimatisierten Raum aus steuern und zur Datensammlung, zur fotografischen Erfassung von Personen und sogar zur Tötung aus der Luft benutzen.

Heutzutage sind die größten Kunden für Israels Spezialgeräte Indien, Brasilien und in geringerem Umfang Südkorea, Ghana, Angola und andere Länder, die von einer sehr starken Ungleichheit geplagt werden. Ungleichheit ist der Schlüssel. Die extreme neoliberale Politik der vergangenen vierzig Jahre hat große Teile der Bevölkerung von der Wirtschaft ausgeschlossen. Menschen, die selbst als Billiglohnkräfte nicht mehr nachgefragt sind, wie beispielsweise die Bewohner in den brasilianischen »Favelas«, werden von ihren Regierungen als »Bevölkerungsüberschuss« behandelt. Die wachsende Ungleichheit schafft einen beständigen Bedarf an Kontroll- und Unterdrückungsmechanismen.

Im Jahr 2006 beschrieb Jeff Halper die Verwaltung dieser überschüssigen Menschen durch Inhaftierungen und durch den Rückgriff auf Sicherheits- und Überwachungsmaßnahmen als »Lagerhaltung« (warehousing). Er hob hervor, dass der Gazastreifen das paradigmatische Beispiel für die »Lagerhaltung« einer Zivilbevölkerung ist.

Und tatsächlich sind israelische Technologien, mit denen der Widerstand im Gazastreifen unter Kontrolle gehalten werden kann, zum Kennzeichen der israelischen Waffenexporte geworden. Nach der Invasion im Gazastreifen im Winter 2008/2009 veranstaltete die israelische Armee eine Messe, um neue Technologien vorzuführen, die bei dieser Operation eingesetzt worden waren. So erlangte auch das berühmte »Iron Dome«-Raketensystem seine Berühmtheit im Verlauf der israelischen Bombardierung des Gazastreifens im November 2012. Palästinenser benutzen

Qassam-Raketen, eine Waffe, die bei der Herstellung im Eigenbau rund 100 Dollar kostet. Doch selbst diese einfache Rakete bringt die Möglichkeit von Israelis in Gefahr, in ihren Cafés zu sitzen und sich zu entspannen, während Palästinenser im Gazastreifen unter unerträglichen Bedingungen leben. Jede Iron Dome-Rakete kostet 50.000 Dollar, und zwei davon sind nötig, um die Flugbahn einer einzigen Qassam-Rakete zu unterbrechen. Damit kosten Iron Dome-Raketen tausend Mal mehr als Qassam-Raketen. Für Israel lohnt es sich dennoch, denn was die Israelis damit kaufen, ist das Image - dass man in einem Café sitzen kann, während man die Tatsache ignoriert, dass es ein paar Kilometer weiter für anderthalb Millionen Menschen kein trinkbares Wasser gibt.

Israels Image als Festungsstaat ist gut fürs Geschäft

Für den Verkauf ihrer Gerätschaften nutzen die Israelis genau dieses Image. Das Iron Dome-Raketensystem wurde schon drei Monate nach seiner Verwendung bei der Bombardierung des Gazastreifens auf einer Handelsmesse in Indien zum Verkauf angeboten. Außerdem ist gerade dieses Image der Grund, der die Internationale Gemeinschaft veranlasst, ein solch großes Interesse für die Politik in Palästina aufzubringen. Die immense Unterstützung, die Israel von rechts gerichteten Parteien und Führern geboten wird, beruht darauf, dass Letztere die israelischen Vorgehensweisen legitimieren möchten, um sie dann zu kopieren.

Rechts gerichtete europäische Regierungschefs bieten Israel Unterstützung an und haben das Land eingeladen, der OECD beizutreten. Ihre Motivation liegt darin: Wenn Israel als Mitglied der zivilisierten Welt betrachtet werden kann und wenn seine Aktionen damit als akzeptabel gelten, würde das bedeuten, dass europäische Länder ebenfalls Asylsuchende ohne Gerichtsverfahren inhaftieren könnten, dass sie diejenigen, die gegen ihr außenpolitisches Vorgehen protestieren, ebenfalls ermorden könnten oder gegen ihre eigenen Bürger ebenfalls Überwachungs- und Kontrollmechanismen einsetzen könnten.

Aus diesem Grund liegt es im Interesse aller Bürger diese Welt, lautstark klarzustellen, dass Israels Vorgehensweisen keineswegs legitim und akzeptabel sind. Ansonsten werden wir uns morgen alle in der Rolle wiederfinden, in der sich die Palästinenser heute schon befinden.

Eskalationsstrategie der USA in Syrien

Jürgen Wagner fragt: Was bezwecken die Vereinigten Staaten mit Waffenlieferungen?

Schon länger ist bekannt, dass Washington sich an der Ausbildung der Aufständischen beteiligt und diesen über die CIA Waffen liefert – inoffiziell. Doch seit Juni 2013 ist dies die offizielle Politik der US-Regierung.

Das kündigte am 13. Juni der stellvertretende nationale Sicherheitsberater im Weißen Haus, Ben Rhodes, als angebliche Reaktion auf »sichere« Erkenntnisse an, die syrische Regierung habe Giftgas eingesetzt. Schlüssige Beweise hierfür fehlen. Im Gegenteil: Noch im Mai 2013 hatte Carla del Ponte, Mitglied der UN-Sonderkommission für die Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen in Syrien, erklärt, es sei viel wahrscheinlicher, dass »die Opposition und nicht die Regierung« C-Waffen eingesetzt habe. Die am 4. Juni 2013 veröffentlichten Untersuchungsergebnisse der Vereinten Nationen sind weniger eindeutig. Sie können aber – im Gegensatz zu den USA – keinen Urheber benennen: »Es war auf der Basis des vorliegenden Beweismaterials nicht möglich, die konkrete chemische Substanz, das Abschuss-System oder Täter festzustellen.«

Es bleiben also zu den mutmaßlichen Giftgas-Einsätzen viele Fragen offen – nicht zuletzt aber auch die: Was bezweckt Washington überhaupt mit den angekündigten Waffenlieferungen? Die Interpretation liegt nahe, man wolle damit den Aufständischen zum Sieg über Assad verhelfen. Das aber ist wenig plausibel, da US-Generalstabschef Martin Dempsey kürzlich erklärte, Waffenlieferungen würden keinen kriegsentscheidenden Unterschied machen. Vieles deutet darauf hin, dass die Aufständischen inzwischen wieder erheblich an Boden verloren haben: So konnten die Regierungstruppen in jüngster Zeit verschiedene militärische »Erfolge« verbuchen, und in der Bevölkerung schwindet die Unterstützung für die Rebellen. Das war zumindest das Ergebnis einer im Auftrag der NATO von internationalen Hilfsorganisationen durchgeführten Umfrage. Die Unterstützung der Assad-Regierung habe aufgrund der Angst vor einem Sieg radikal-islamistischer Kräfte, die die Aufstandsbewegung zu dominieren scheinen, beträchtlich zugenommen.

Alternativ wird deshalb die US-Strategie als Versuch interpretiert, durch Waffenlieferungen den Rebellen zwar nicht zum

Sieg zu verhelfen, aber ihre Niederlage zu verhindern, wodurch Assad erst »verhandlungswillig« gemacht werde. Aus dieser »Rüsten für den Frieden«-Perspektive erscheinen Waffenlieferungen als eine Art Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen. Doch auch hier sind Zweifel angebracht. Schließlich hatten sich Russland und die USA bereits auf den Beginn von Friedensverhandlungen in Genf am 12. Juni 2013 verständigt. Während Russland die syrische Regierung zu einer Teilnahme

lung zu suchen. [...] Ist der Westen erst direkt im Spiel, werden Begierden befördert, den Grad der Intervention unweigerlich zu erhöhen.«

Nicht wenige halten deshalb die US-Ankündigung nur für einen weiteren Zwischenschritt zu einer umfassenderen US-Militärintervention – die Verlagerung von Kriegsgerät in die Region und die jüngste Besetzung von Top-Regierungsposten mit zwei Hardlinern, Susan Rice und Samantha Powers, bestärken diesen Verdacht.



Foto: farm8.staticflickr.com

bewegen konnte, waren es die US-Verbündeten von der »National Syrian Coalition« und der »Free Syrian Army«, die Verhandlungen ablehnten. Noch am 9. Juni 2013 erklärte George Sabra, Chef der »Syrian National Coalition«, er werde die Friedensgespräche boykottieren. Er forderte stattdessen Waffenlieferungen, die die USA dann umgehend als »Belohnung« offiziell bestätigten. Wäre man ernsthaft an der Aufnahme von Friedensverhandlungen interessiert, würde man auf Waffenlieferungen verzichten, da diese kontraproduktiv sind, wie eine Analyse des »European Council on Foreign Relations« Ende Mai bestätigte: »Das Problem der vorgeblichen Genf-2-Anstrengungen, für den Frieden aufzurüsten«, besteht darin, dass selbst eine begrenzte westliche Militärunterstützung das Streben der Opposition nach einem vollständigen Sieg verstärkt (was auch für die fortgesetzte Aufrüstung der Regierung zutrifft; beides muss enden), was innerhalb der Opposition die Bereitschaft minimiert, notwendige Kompromisse und Machttei-

Die starke Bewaffnung der syrischen Truppen und deren anhaltende Unterstützung durch Russland, gekoppelt mit den geringen Zustimmungswerten in den USA (15 Prozent), machen eine Militärintervention – insbesondere mit Blick auf die US-Zwischenwahlen nächstes Jahr – jedoch zu einer extrem riskanten Angelegenheit. Womöglich verfolgt Washington deshalb einen ganz anderen, noch perfideren Plan: Dass die gegenwärtige US-Politik einen eskalierenden und fortdauernden Bürgerkrieg fördert und dringend notwendige Friedensverhandlungen torpediert, kann genau ihr Ziel sein. Denn eine derart in einen Abnutzungsbürgerkrieg gewandelte Auseinandersetzung könnte sich als ein »ideales« Instrument zur Schwächung der anti-amerikanischen sogenannten »Schittischen Achse« erweisen: der Hisbollah, Syriens, zunehmend auch des Irak und vor allem aber des Iran – auf Kosten unzähliger weiterer Opfer. Mehr zu diesem Thema unter <http://www.imi-online.de>.

Jürgen Wagner.

Europatreffen des Weltfriedensrates in Lissabon

Delegierte aus 20 Ländern berieten Kampagnen gegen Militarismus und Krieg



Begrüßung von Socorro Gomes, CEBRAPAZ, Brasilien, Präsidentin des Weltfriedensrates (im Bild rechts) durch Alfredo Monteiro, Präsident des Gemeinderates Seixal und Ilda Figueiredo, Portugiesischer Rat für Frieden und Zusammenarbeit (links)

Fotos: Inês Seixas

Vom 31. Mai bis 1. Juni fanden in Seixal bei Lissabon ein Treffen des Sekretariats des Weltfriedensrates (WPC) und ein europäisches Regionaltreffen statt. Als Delegierte des Deutschen Friedensrates habe ich an beiden Treffen teilgenommen. Unsere Partnerorganisation, der portugiesische Friedensrat CPPC, hatte eine hervorragende Arbeit geleistet sowohl mit der Organisation der Konferenzen als auch mit der Einbeziehung von regionalen Friedensorganisationen und Initiativen aus Gewerkschaften, Frauen- und Jugendorganisationen und der Kommunistischen Partei. Ein besonderer Dank gilt Ilda Figueiredo, der Präsidentin des CPPC, die mit Kompetenz und spürbarer Umsicht die Diskussionen und die gesamte Atmosphäre des Treffens prägte.

Die Aktivisten kamen aus 20 Ländern, von vier Kontinenten (Belgien, Brasilien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Griechenland, Iran, Irland, Kongo, Kuba, Lettland, Portugal, Nepal, Norwegen, Palästina, Spanien, Türkei, USA, Venezuela, Zypern). Sie berieten in intensiven Debatten die internationale Lage und verständigten sich auf Schwerpunkte und gemeinsame Kampagnen gegen Militarismus und Krieg, für eine solidarische Welt. Die Teilnehmer prangerten insbesondere die NATO als Interessenvertretung der

Schließung fremder Militärbasen. Die Solidarität mit den Völkern Palästinas, der Westsahara, Syriens, der Türkei, Kubas und Venezuelas wurde von vielen Seiten unterstrichen. Das Sekretariat des WPC betonte die Bedeutung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen. Das brutale Vorgehen der türkischen Regierung gegen die Protestbewegung in Istanbul wurde scharf verurteilt.

Nachdem alle Delegierten aus ihren Ländern über Aktivitäten berichtet und Vorschläge für die Zusammenarbeit eingebracht hatten, wurden folgende Themen für gemeinsame Kampagnen beschlossen:

- 4. April 2014 Jahrestag der Gründung der NATO, Aktionen vor dem NATO-Hauptquartier in Brüssel;
- Solidarität mit der syrischen Bevölkerung gegen ausländische Militärangriffe, NEIN zu Sanktionen und Drohungen gegen den Iran;



Interessiert verfolgen die Teilnehmer aus 20 Ländern von vier Kontinenten die Debatte auf der Tagung

westlichen Großmächte an und bekräftigten die Dringlichkeit der Auflösung des Militärbündnisses. Angesichts der angeordneten Militärschläge gegen Syrien und den Iran komme es jetzt darauf an, weltweit Proteste auf die Straße zu bringen.

Der Weltfriedensrat unterstrich die Dringlichkeit der Abrüstung, insbesondere die Ächtung von Atomwaffen und anderer Massenvernichtungswaffen sowie die

- 2014: vor 100 Jahren Beginn des ersten Weltkrieges.

Die Kubanische Organisation informierte über eine Initiative vom 18. bis 20. November für die Abschaffung der fremden Militärbasen in Guantanamo, Kuba.

Im nächsten Pax-Report werden wir mehr über die Konferenz und die internationale Friedensbewegung berichten.

Barbara Fuchs

Die Bewegung für eine gerechte Welt stärken

Von Thanassis Pafilis: Zur Rolle der NATO und zu den neuen Herausforderungen

Liebe Kameraden und Freunde, die internationale Entwicklung hat die Einschätzungen des Weltfriedensrates vom vorigen Jahr in Katmandu dramatisch bestätigt. Das kapitalistische System in seiner imperialistischen Phase wird zunehmend aggressiv und gefährlich, dies besonders unter den Bedingungen einer tiefen ökonomischen Krise des Kapitalismus. Die Monopole, das große Kapital und die ihnen dienenden Regierungen sind dabei, die verbliebenen sozialen und Arbeitsrechte sowie die Sozialsysteme zu attackieren. Sie laden die Folgen der Krise auf die Schultern der Arbeiterklasse, der armen Bauern, der kleinen Selbständigen, der Jugendlichen, der Frauen und der Rentner.

Mit der Jagd nach Profit werden weite Teile der Bevölkerung durch Lohnrückerei in die Mittellosigkeit geschickt und die Arbeitslosigkeit nimmt in ungesehenem Maße zu. Sie schaffen die Errungenschaften der Arbeiter ab, vermindern den Preis der Arbeitskraft, um so die Bedingungen für eine Steigerung der Profitabilität bei einer späteren Erholung der wirtschaftlichen Entwicklung zu schaffen. In der kapitalistischen Krise wächst der Wettbewerb um die Kontrolle der Energieressourcen und ihre Transportrouten ebenso wie um die Kontrolle der gesamten natürlichen Ressourcen. Hinter den imperialistischen Interventionen, Drohungen und Provokationen stehen die Monopole, große Unternehmensgruppen, sowohl im Mittleren Osten wie in der Europäischen Union, in Afrika und in Lateinamerika.

Kriege um Profite und Macht im Mittleren Osten

Die NATO ist der bewaffnete Arm des Imperialismus. Mit der neuen Strategie, die im November 2010 in Lissabon und im Mai 2012 in Chicago beschlossen worden ist, stellt sie eine noch größere und unmittelbare Bedrohung für die Völker überall in der Welt dar. Dies gilt insbesondere für die neue Doktrin des »Right to protect«, mit der sich die NATO selbst zum weltweiten »Gendarm« im Dienste der multinationalen Monopole ernannt hat. Unsere Forderung nach einer Auflösung dieser aggressiven und kriminellen Organisation wurde eindeutig untermauert.

Der Mittlere Osten ist ein Kreuzungspunkt der imperialistischen Kräfte, in dem zunächst unter diesen entschieden wird, wer den größten Anteil an Profit und Macht ergreifen wird, während sie gleichzeitig vereinigt gegen die Völker vorgehen, wie sie es in Afghanistan (2001), Im Irak (2003), in Libyen (2011) und in den letzten beiden Jahren in Syrien gezeigt haben. Hier haben die USA, die EU sowie die NATO und



Thanassis Pafilis aus Griechenland, Generalsekretär des Weltfriedensrates, beim Treffen in Lissabon

ihre Alliierten, das heißt Türkei, Israel, Katar und Saudi Arabien, Söldner finanziert, trainiert und in Syrien einschleust, wo sie Tod und Leid verbreiten.

Die so genannte Freie Syrische Armee ist weder »frei« – denn sie wird von den oben genannten Kräften gesteuert – noch ist sie »syrisch« – da sie in ihrer Mehrheit aus bewaffneten »Dschihadisten« aus den Nachbarländern und auch entfernteren Ländern rekrutiert wird. Sie besteht aus verschiedenen Gruppen und Banden, die an der Entführung von Zivilisten, an Raub und Plünderungen beteiligt sind. Die Beteiligung militärischer und politischer Berater und von Nachrichtendiensten aus Großbritannien, Frankreich, den USA und der Türkei sowie die vielfältige Unterstützung durch Satelliten und Radarsysteme ist ein Tatbestand, der niemals bestritten worden ist.

Der WPC hat von Beginn der Krise an eine klare Position bezogen, in dem er die

gerechten Forderungen des syrischen Volkes nach wirtschaftlichen, sozialen und politischen Veränderungen unterstützt hat, die das Ziel verfolgen, Herr im eigenen Land zu werden. Die verschiedenen einheimischen und ausländischen Söldnergruppen in Syrien haben nichts zu tun mit dem eigenen Willen und den Forderungen des syrischen Volkes sowohl nach Änderungen als auch nach einem Ende des Blutvergießens, dessen Opfer zuerst und vor allem das Volk ist.

Wir betonen, dass jeder Versuch einer Lösung der Situation in Syrien das souveräne Recht des syrischen Volkes gewährleisten muss, allein über seine Zukunft zu entscheiden, wobei das offenkundige Selbstverteidigungsrecht Syriens nicht verhandelbar ist.

Zu den allgemeinen und kurzfristigen Absichten der Imperialisten für einen Angriff auf den Iran unter dem Vorwand seines Nuklearprogramms haben wir vehement Widerspruch erklärt. Gleichzeitig haben wir unsere Solidarität mit dem iranischen Volk in seinem Kampf für demokratische Rechte und Freiheiten und das generelle Recht, über seine Zukunft selbst zu bestimmen, zum Ausdruck gebracht. Wir haben unsere entschiedene Opposition gegen die politische und militärische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Syriens erklärt.

Wir haben die Rolle der NATO, der EU, der Türkei und der Monarchien vom Golf sowie deren Bemühungen kritisiert, künstlich konfessionelle und ethnische Spannungen zu schaffen sowie existierende religiöse und andere Vorurteile auszunutzen, mit denen Hass und Feindschaft zwischen Völkern geschürt werden.

Die Ursachen für Kriege und Elend deutlich machen

Als Weltfriedensrat haben wir die Rechtfertigung eines gewaltsamen Regimewechsels unter welchem Vorwand auch immer nicht akzeptiert. Wir haben uns auch nicht dem »humanistischen« Dilemma unterworfen, das von den Imperialisten und den Massenmedien weltweit konstruiert worden ist. Wir haben dabei ebenso aus den Erfahrungen der blutigen Attacke der NATO in Jugoslawien (1999) wie aus den nachfolgenden imperialistischen ►

Polizeigewalt in der Türkei verurteilt

Stellungnahme des Weltfriedensrates zu Ausschreitungen gegen Demonstranten

Das Sekretariat des Weltfriedensrates, das sich in diesen Tagen in Lissabon/Portugal trifft, verurteilt scharf die autoritäre und reaktionäre Haltung der türkischen Regierung und ihren brutalen Angriff auf die türkische Bevölkerung, die in Dutzenden türkischen Städten mit großem Nachdruck protestiert und demonstriert.

Der Weltfriedensrat grüßt die Hunderttausenden Menschen, die friedlich für ihre gerechten ökonomischen, sozialen und politischen Forderungen demonstrieren. Wir verurteilen namentlich den Angriff der Polizeikräfte – zivil und uniformiert – gegen das Kulturzentrum »Nazim Hikmet« in Kadıköy/Istanbul und gegen das Haupt-

quartier der Türkischen Kommunistischen Partei (TKP).

Der Weltfriedensrat begrüßt die Fortsetzung der Proteste und erklärt sein Mitgefühl mit den Hunderten Opfern, die durch die Gewalttätigkeit der Polizei verwundet und verletzt wurden.

Wir verlangen die Freilassung aller verhafteten Bürger.

Der Weltfriedensrat drückt seine Solidarität mit der Friedensvereinigung (Baris Dernegi) aus, mit der wir kürzlich eine wichtige internationale Konferenz in Istanbul und Antakya abgehalten haben, auf der wir die führende Rolle der AKP-Regierung bei den Provokationen und Angriffen auf das syrische Volk angeprangert haben.

Bereits dort hatten wir ausgesprochen, was heute für alle offenkundig wird:

Die Politik der türkischen Regierung richtet sich auf verschiedenen Ebenen gegen die Überzeugung der breiten Mehrheit des türkischen Volkes.

Lissabon, am 2. Juni 2013

Das Sekretariat des Weltfriedensrates



Massenaufstand gegen die Regierung in der Türkei. Blockupy- und Friedensaktivisten in Deutschland haben ein Solidaritätsbündnis gegründet, denn »Taksim ist überall und überall ist Widerstand!«

Foto: Eser Karada, Flickr.com

Kriegen gelernt. Wir bedauern, dass es in der Friedensbewegung, insbesondere in Europa und den USA, Kräfte gibt, die die Entwicklungen im Mittleren Osten nicht immer vollständig verstehen.

Sie gelangen so zu fehlerhaften Schlussfolgerungen, so wie es im Fall Jugoslawiens geschehen ist, wo die NATO ein geplantes Verbrechen gegen die Völker begangen hat.

Die internationale Situation, wie wir sie hier beschrieben haben, zeigt deutlich beides: die wachsende Aggressivität des Imperialismus als eines globalen Systems, die Gegensätze und Konkurrenz unter diesen Mächten sowie die Tendenzen und

Gefahren sowohl für regionale Kriege wie für einen weltweiten Konflikt.

Während eines Treffens in Istanbul sprachen wir kürzlich mit dem Präsidenten der Ärztekammer, Prof. Taner über die Entwicklung im Mittleren Osten. Dabei äußerte dieser die simple Wahrheit: »Ebenso wie der menschliche Organismus zum Überleben Wasser und Nahrung benötigt, ebenso braucht das globale Kapital zu seinem eigenen Überleben Kriege und Ausbeutung.«

Der Weltfriedensrat und seine Mitgliedsorganisationen verstehen dies sehr gut. Wir müssen den Kampf mit den klassenbewussten Gewerkschaften, den Bauern,

Frauen, der Jugend aller Länder organisieren, um die wirklichen Ursachen für Kriege und Elend deutlich zu machen, um die Bewegung gegen den Imperialismus mit dem Ziel zu stärken, eine wirklich gerechte und friedliche Welt zu schaffen, frei von imperialistischen Kriegen und auch frei von einem imperialistischen Frieden. Der Weltfriedensrat wird diesem Kampf all seine Kraft widmen!

Auszüge aus dem Redebeitrag von Thanassis Pafilis beim Treffen des Weltfriedensrates (WPC)

vom 31. Mai bis 2. Juni
in Lissabon

Übersetzung: Pax Report

Neue Kriegsführung der Bundeswehr

Drohnen, Aufstandsbekämpfung, Häuserkampf – Bundeswehr trainiert Bürgerkrieg

Die Bundeswehr ist inzwischen eine »Einsatzarmee«. Auslandseinsätze werden als »normal« dargestellt. Vom Kosovo über Somalia bis Afghanistan und neuerdings der Türkei und Mali ist die Bundeswehr im Militär- und Kriegs-Einsatz. Ja, es geht um Krieg.

Um technisch auf höchstem Niveau Krieg führen zu können, sollen für die Bundeswehr Kampfdrohnen angeschafft werden. Kampfdrohnen verändern die Kriegsführung grundlegend. Tötung wird automatisiert und »entmenschlicht«, »Kollateralschäden« von zivilen Toten sind Teil der Kriegsführung.

Die Bundeswehr ist im Krieg und übt den Kriegseinsatz, z. B. im hochmodernen Gefechtsübungszentrum (GÜZ) auf dem Truppenübungsplatz in der Colbitz-Letzlinger Heide bei Magdeburg. Bevor die Bundeswehr-Soldaten in den Auslandseinsatz gehen, üben sie hier. Hier gibt es ein von der Rheinmetall Defense betriebenes elektronisches Übungsgelände, einschließlich eines Übungsdorfes namens Stullenstadt. Im Gefechtsübungszentrum (GÜZ) gibt es bereits sechs kleinere Übungseinrichtungen, die kosovo-albanischen und afghanischen Dörfern nachempfunden sind. Das soll nun ab 2016 umfangreich erweitert werden durch die Übungsstadt »Schnöggersburg«. Geplant ist eine sechs Quadratkilometer große moderne Stadt mit Wohnvierteln, U-Bahnhof, Autobahnauffahrten, modernsten Regierungs-

gebäuden und einem Stadion (!). In der gigantischen Übungskulisse aus mehr als 500 Gebäuden kann zukünftig der Einsatz im Innern geprobt werden.

Zu den Aufgaben der Bundeswehr, die im GÜZ geübt werden sollen, gehören explizit der »Schutz kritischer Infrastruktur«, der »Heimatschutz« sowie »Innerer Notstand«. Die Bundesregierung gibt zu, dass die urbanen Kriegsstrategien ohne Beteiligung des Parlaments in den Ausbildungsbetrieb aufgenommen wurden. Der regierungsnahen »Newsletter Verteidigung« berichtet bereits, dass Kommandos von Bundes- und Landespolizeien zukünftig das GÜZ nutzen wollen. Die Aufgabenprofile nähern sich bei Einsätzen in städtischen Ballungsräumen in jedem Fall an, und damit wird die Trennung von Polizei und Militär mehr und mehr aufgehoben.

Doch warum übt die Bundeswehr Aufstandsbekämpfung, Häuserkampf und »inneren Notstand«? Hat das etwa mit den zunehmenden Protesten und dem Widerstand gegen die Spar- und Austeritätspolitik der Troika und der Bundesregierung innerhalb der Europäischen Union zu tun?

Trotz aller Umstrukturierungsmaßnahmen ist die Rechtsgrundlage für einen Einsatz im Inneren noch ziemlich unklar. Die Erfahrungen bei den Protesten zum G8-Gipfel in Heiligendamm oder bei der Münchner »Sicherheitskonferenz« durch Feldjäger lassen vermuten, dass Strukturen, die jetzt geschaffen werden, früher oder später für

repressive Zwecke genutzt werden. Forderungen nach einer Legalisierung von Repressiveinsätzen der Bundeswehr im Inneren begleiten die Umstrukturierungsprozesse der Armee bereits seit Anfang der 1990er Jahre.

Die neue Strategie der Bundeswehr ist in den »Verteidigungspolitischen Richtlinien« nachzulesen. Es wird sowohl auf Auslandseinsätze orientiert, als auch auf die Bekämpfung von Unruhen, verursacht durch Krise und Verelendung.

Zum Weiterlesen: <http://www.imi-online.de/2013/06/05/der-neue-heimatschutz-der-bundeswehr/>

Ausstellung: die »neue« Bundeswehr

Die »neue« Bundeswehr. Werbung und Wirklichkeit heißt eine Ausstellung der Linken, die bei der Linksfraktion im Bundestag bestellt werden kann. Die Ausstellung thematisiert das Agieren und die Rekrutierung der Bundeswehr im öffentlichen Raum und die Militarisierung des Alltags. Themen sind u.a. Arbeitgeber Bundeswehr, Bundeswehr an Schulen, Bundeswehrwerbung, Militarisierung, Posttraumatisches Belastungssyndrom. Kontakt: heinrich.eckhoff@linksfraktion.de

Termine Friedensbewegung Sommer 2013

Donnerstag, 4. Juli, 19 Uhr:

Berlin, Mehringhof:

Infos zum Camp War starts here vom 21. bis 27. Juli in der Altmark, Colbitz-Letzlinger Heide.

Nähere Informationen auf:

<http://www.warstartsherecamp.org>

Samstag bis Sonntag, 20. bis 21. Juli:

Berlin, Friedenspolitisches Seminar des Bundesausschuss Friedensratschlag, Informationen über:

saefkow-berlin@t-online.de.

Sonntag bis Montag, 21. bis 22. Juli:

Altmark bei Hillersleben/Magdeburg, Internationales Diskussions- und Aktionscamp War starts here in der Colbitz-Letzlinger Heide.

Nähere Informationen auf:

<http://www.warstartsherecamp.org>

Montag, 5. August, 19 Uhr:

Berlin, Mediengalerie, Dudenstr. 10, Tempelhof: Treffen der AG »Schule ohne Militär«. Nähere Informationen auf:

<http://www.schule-ohne-militaer.de>

5. bis 12. August:

Protestaktionen am Atomwaffenlager Büchel bei Cochem-Zell, Eifel, im Programm: »Aufspielen zum Abrüsten«, Konzertblockade des Atomwaffenstandortes Büchel. <http://www.lebenslaute.net>

Dienstag, 6. August, 17 Uhr:

Berlin, Friedensglocke am Großen Teich, Volkspark Friedrichshain: Zum Gedenken an die Opfer der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki

Sonntag, 1. September:

Antikriegstag.

www.friedenskooperative.de/termine.htm

Eine Stimme für Frieden und Abrüstung

Aufruf des Bundesausschusses Friedensratschlag zur Bundestagswahl 2013

Zum Stopp von Rüstung und Kriegseinsätzen hat die Friedensbewegung eine Vielzahl von Forderungen und Anregungen. Die folgenden neun Essentials sind Teil der friedenspolitischen Schwerpunkte des Bundesausschusses Friedensratschlag. Mit ihnen wollen wir uns auch in den Bundestagswahlkampf einbringen und die Parteien und ihre Kandidatinnen und Kandidaten zur Stellungnahme herausfordern:

1. Den Afghanistan-Krieg sofort beenden – alle Truppen zurückholen!
2. Den Krieg in Syrien stoppen – jegliche militärische Einmischung beenden – »Patriots« aus der Türkei abziehen!
3. Kein Krieg gegen Iran - Sanktionen beenden – Für eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten!
4. Israel-Palästina: Besatzung beenden – für einen gerechten Frieden!
5. Atomwaffen abschaffen – und sofort aus Deutschland (Büchel) abziehen!
6. Neue Waffentechnologien verbieten – Keine Kampfdrohnen!
7. Keine Interventionsarmee Bundeswehr!
8. Schluss mit den Waffenexporten – Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion!
9. Gegen die Militarisierung von Bildungswesen und Gesellschaft – Bundeswehr raus aus Schulen und Hochschulen!

Im deutschen Bundestag sehen wir uns damit konfrontiert, dass nicht nur die Regierungsparteien, sondern auch SPD und Bündnis 90/Die Grünen den Krieg wieder als normales Mittel der Politik betrachten. Allen vier Fraktionen ist mittlerweile gemeinsam, dass Militärinterventionen nur noch eine Frage der Zweckmäßigkeit und damit eine »Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln« sind. Lediglich die



Christine Buchholz, Dorothee Menzner und Inge Höger (v.l.n.r.), Bundestagsabgeordnete Die Linke bei Protestaktion vor dem Deutschen Bundestag gegen die Anschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr.
Foto: Uwe Hicks

Bundestagsfraktion Die Linke hat bisher grundsätzliche Gegenpositionen zu Rüstung und Kriegseinsätzen bezogen. Dies ist mit zahlreichen Abstimmungen, parlamentarischen Anfragen und Anträgen, Redebeiträgen, Presseerklärungen und Vor-Ort-Aktivitäten dokumentiert. Dazu gehört auch die notwendige Kritik am wirtschaftlichen und politischen Führungsanspruch Deutschlands in der EU. Die Friedensbewegung braucht im neu zu wählenden Bundestag wieder zahlreiche parlamentarische Ansprechpartner. Dazu benötigen wir nicht nur eine starke Fraktion Die Linke die mit ihrem politischen Gewicht den Block der anderen Fraktionen in frie-

denspolitischen Fragen aufbrechen kann, sondern auch Abgeordnete in den anderen Parteien, die mit unseren Positionen übereinstimmen oder mit ihnen sympathisieren. Konsequente Friedenspositionen müssen im nächsten Bundestag stärker werden. Der Bundesausschuss Friedensratschlag ist parteipolitisch unabhängig. Wir unterstützen deshalb alle Bundestagskandidatinnen und -kandidaten, die friedenspolitisches Engagement zeigen – auch im Sinne der oben genannten Forderungen. So kann der notwendige Widerstand gegen Rüstung und weltweite Kriegseinsätze auch parlamentarisch wirksam werden.

Unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Spende

Für die Arbeit des Deutschen Friedensrates e. V. bitten wir unsere Mitglieder, Freunde und Sympathisanten um eine Spende, die wir für unsere Friedensarbeit gegen Krieg und Militarisierung und für die Herausgabe des Pax Reports einsetzen. Unsere Mitglieder bitten wir, den Jahresbeitrag 2013 zu überweisen.

**Spendenkonto Deutscher Friedensrat:
Berliner Bank, BLZ: 100 708 48
Konto: 629077900**

Auf Wunsch stellen wir eine Spendenbescheinigung aus!

Impressum

Herausgeber, Verleger:
Deutscher Friedensrat e.V.,
c/o Dr. Bärbel Schindler Saefkow (V.i.S.d.P.),
Platz der Vereinten Nationen 7, 10249 Berlin,
Tel.: 030-426 52 90, Fax: 030-42 01 73 48
E-Mail: saefkow-berlin@t-online.de
Homepage: www.deutscher-friedensrat.de

Redaktionelle Leitung:
Barbara Fuchs, E-Mail: paxreport@web.de

Gestaltung:
Juliane Haseloff

Druck:
Druckerei Bunter Hund, Berlin

Pax Report erscheint dreimal jährlich. Bezug gegen Spende

Redaktionsschluss: 19. Juni 2013